

A n t r a g

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Entschließung

**zum dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/1498 -
Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landes-
haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer
Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-)**

Thüringer Polizei stärken - Fehlerkultur weiter befördern

Tausende Polizisten leisten jeden Tag einen wichtigen Beitrag für die öffentliche Sicherheit in Thüringen. Um mögliches Fehlverhalten von Polizeibeamtinnen und -beamten in der Polizei als einer lernenden Organisation aufzuarbeiten und Rückschlüsse für die eigene Arbeit zu ziehen, wurde die Polizeivertrauensstelle geschaffen. Um den Dialog zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und Polizei weiter zu stärken, polizeiliche Maßnahmen besser rechtlich überprüfbar machen zu können, die Fehlerkultur innerhalb der Dienststellen weiter fortzuentwickeln sowie dem Wunsch nach einer unabhängigen Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens Rechnung zu tragen, sind daher weitere Maßnahmen erforderlich.

Zu diesem Zweck wird die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur Weiterentwicklung der Polizeivertrauensstelle zu erarbeiten und hierbei die Errichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdebehörde mit eigenständigen Ermittlungskompetenzen und Zuständigkeiten bei Ermittlungen gegen Polizeibeamte zu integrieren. Die positiven Erfahrungen derartiger Einrichtungen in anderen europäischen Staaten sind vergleichend in der Konzeption darzustellen und darauf ist aufbauend ein Vorschlag für eine für Thüringen mögliche Organisationsstruktur und eine für die Einrichtung notwendige Rechtsgrundlage zu unterbreiten und dem Innen- und Kommunalausschuss bis zum Ende des 2. Quartals 2021 über den Stand der Umsetzung zu unterrichten.

Begründung:

Mit der Polizeivertrauensstelle ist Thüringen einen ersten Schritt zur Verbesserung der Fehlerkultur im Jahr 2017 gegangen. Laut dem im Jahr 2020 vorgestellten Jahresbericht für das Jahr 2019 verzeichnete die Polizeivertrauensstelle einen deutlichen Anstieg der Anfragen und Beschwerden auf 463 Fälle. Die Erfahrungen zeigen aber, dass verbesserte Personalausstattung, vollständige Unabhängigkeit, Ermittlungskompetenzen und Öffnung für Polizeibeamte notwendige nächste Schritte sein müssen. Andere europäische Länder unterhalten bereits unabhängige Einrichtungen zur Klärung und Ermittlung aller Arten von Konflikten zwischen Polizei und Bevölkerung, die ausdrücklich auch von der Polizei gelobt werden. So existiert in Dänemark beispielsweise seit dem Jahr 2012 "Den Uafhængige Politiklagemyndighed", eine unabhängige Ermittlungsbehörde mit insgesamt 34 Ermittlern und angemessenen Ermittlungsbefugnissen. "Auch der Chef der dänischen Polizeigewerkschaft, Claus Oxfeldt, sieht die unabhängige Ermittlungsbehörde positiv: Nur am Anfang seien die dänischen Polizisten skeptisch gewesen. Heute wüssten sie, dass die unabhängige Kontrolle das Vertrauen der Dänen in ihre Polizei stärke: 'Und wenn wir Polizisten ein Verbrechen aufklären wollen, dann brauchen wir die Hilfe der Öffentlichkeit, der Bürger. Und wenn sie uns nicht vertrauen, werden wir diese Hilfe nicht bekommen.'" (Tagesschau vom 19. Oktober 2019).

Auch der Bund der Kriminalbeamten in Deutschland wirbt für unabhängigere Einrichtungen. Vorsitzender Sebastian Fiedler erklärte etwa: "Rechtsextremistische Tendenzen sollen demnach den Vorgesetzten gemeldet werden. Diese sind aber häufig die falschen Ansprechpartnerinnen und -partner! Vielmehr sind unabhängige Polizeibeauftragte in allen Bundesländern ebenso wichtig wie auf Bundesebene!" (Frankfurter Rundschau vom 10. Oktober 2020).

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Lehmann

Henfling